

Volkszeitung

Nr. 259. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltige Illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.— Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
 Hof, links.
Tel. 36-90. Postkontonummer 63.508
 Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
 Sperrstunden des Schriftleiters täglich von 2 bis 3.
 Privattelefon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die siebengehaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreizehngespaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeigen angegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

4. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** W. Röner, Parzerzewska 16; **Bialystok:** B. Schwalbe, Stawczyna 43; **Konstantynow:** B. W. Modrow, Długa 70; **Ozorkow:** Amalie Richter, Neustadt 505; **Sabianice:** Julius Walta, Cienkiewiczza 3; **Tomaszow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zduniska-Wola:** Berthold Klattig, Orodowa 26; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Milinkiego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hiellega 20.

Pilsudski paktiert mit der Schlachta.

Marshall Pilsudski sucht den monarchistischen Adel zur Mitarbeit heranzuziehen.

Die Dekorierung des Sarkophags des im Kriege gegen die Bolschewiken gefallenen Fürsten Stanislaw Radziwill mit dem Orden „Virtuti Militari“ durch den Marshall Pilsudski in Nieswiez ist zum Anlaß für eine Zusammenkunft der polnischen Schlachta und Magnaten genommen worden. Die polnischen Magnaten aus ganz Polen sind vertreten durch den Fürsten Albrecht Radziwill, Besitzer von Nieswiez, bei dem Marshall Pilsudski auch zu Gast weilt, Janusz Radziwill, Fürsten Eustachy Sapiecha, Hipolit Gieczywicz, Vorsitzender des Wilnaer Großagrarierverbandes, Grafen Jan Tyszkiewicz, Michal Obiezierski, Stanislaw Mackiewicz, Fürsten Olgierd Czartoryjski, Grafen Jerzy Potocki, Fürsten Ludomir Czertwertynski, Grafen Jerzy Czapski und Stanislaw Wankowicz.

Diese Zusammenkunft der polnischen Magnaten wird als ein persönlicher Erfolg Pilsudskis angesehen, der bereits durch die Berufung der Monarchisten und Großagrariere Mieszko-towicz und Niezabytowski seine Bereitwilligkeit erklärt hat, mit den Großagrariern zusammen-zuarbeiten. Die Magnaten, die bisher abseits vom staatlichen Leben gestanden haben, sollen jetzt zur aktiven Mitarbeit herangezogen werden. Die Tagung in Nieswiez soll also den Grundstein für die Zusammenarbeit der Regierung mit dem höchsten polnischen Adel bilden.

Dies die nackte Meldung unseres Korrespon-denten, die viel, sehr viel zu denken gibt. Die Regierungspresse, die so tanzt, wie Pilsudski pfeift, feiert die Zusammenkunft Pilsudskis mit der Schlachta in den schönsten Tönen. Doch schon das Warschauer Revolverblatt, „Kurjer Czerwony“, läßt durch seine Indiskretion einen Blick hinter die Kulissen dieser konspirativen Zusammenkunft in Nieswiez werfen. Das Blatt gibt in seiner Einfalt zu, daß die Besprechungen mit den Magnaten den Zweck haben, die Großagrariere, denn nur um die geht es Pilsudski, für sich zu gewinnen, deutlicher gesprochen, ihr Geld für sich arbeiten zu lassen, um bei den nächsten Wahlen, dieselben „zu machen“, daß sich für Pilsudski und den konservativen Anhang eine große Mehrheit ergibt.

Schnell, sehr schnell hat sich der Einfluß der monarchistischen Muster Mieszko-towicz und Niezabytowski Geltung zu verschaffen gewußt. Die warnenden Stimmen haben allzu schnell recht bekommen. Die beiden Minister in der Regierung sind eine Gefahr für die Republik, für die polnische Republik. Und wenn in der Regierung gleich eine Persönlichkeit sitzt, wie es der Sozialist Moraczewski ist, so reicht diese Persönlichkeit bei weitem nicht aus, um den monarchistischen Kollegen den Widerstand zu leisten, der notwendig ist, um ihnen das Handwerk zu legen. Moraczewski paßt nicht in diese Gesellschaft. Schließlich ist sein persönlicher Einfluß — die Partei ist ziemlich deutlich von ihm abgerückt — so gering, daß er höchstens im Kabinet die traurige Rolle eines Menschen spielen kann, der mit dem Kopf durch die Wand rennen will, sich dabei aber nur den Kopf blutig schlägt, während die Mieszko-towicz und Niezabytowski sich eins ins Fäustchen lachen und Pilsudski sich in die Brust wirft und mit Pathos deklamiert: „Welch großes Werk hab ich vollbracht, die allpolnische Mehrheit ist geschafft!“

Es geht um die allnationale polnische Mehr-heit, die durch die nächsten Wahlen realere Formen annehmen soll. Marshall Pilsudski, der glaubt, die „Wyzwolenie“, den Bauernverband und zum Teil auch die P. P. S. hinter sich zu haben, lieb-äugelt mit den Großagrariern, mit der Elite des pol-nischen Adels, um eine polnische Einheitsfront zu

bilden. Gegen wen? Nur in erster Linie gegen die nationalen Minderheiten, um endgültig mit der Ideologie Westeuropas, Polen sei ein Na-tionalitätenstaat, zu brechen.

Doch welches ist der Kaufpreis, den Marshall Pilsudski den Radziwills und Czartoryjskis, diesen Verwandten der Hohenzollern und Habsburger für die Zusammenarbeit geboten hat? Pilsudski konnte nur den einen Preis bieten, namentlich das Gesetz über die Bodenreform, das bekanntlich die Auf-teilung des Großgrundbesitzes betrifft, ad acta zu legen. Dieser Preis kann jedoch Pilsudski selbst sehr teuer zu stehen kommen. Die Bauernparteien wie die „Wyzwolenie“ und der Bauernverband, die mit Einsatz all ihrer Kräfte für die Bodenreform gekämpft haben, werden es nie und nimmer zu-lassen, daß das Versprechen, das sie ihren land-armen Wählern gemacht haben, durch den Pakt Pilsudski mit den Großagrariern so schmachlich ge-brochen wird. Eher werfen sie einen Abg. Mieszko-towicz, der in knechtischer Gefolgschaft alles rühmt, was Pilsudski tut, über Bord, ehe sie es zulassen, daß ihre Partei auseinander fliegt. Und dies zeigt, daß Pilsudskis fein ausgeklügelter Plan von der allnationalpolnischen Mehrheit wie ein Kartenhaus kläglich zusammenbrechen kann. Oder aber rechnet Pilsudski mit dem Abfall seiner Getreuen aus dem linken Lager, die ihn auf den Schild gehoben haben, um mit dem konservativen Adel gegen die Demokratie zu kämpfen? Sollte dies der Fall sein, dann dürfte für alle wahren demokratischen Elemente die Parole des Kampfes bald gefunden sein. Diese Parole aber würde heißen: Die Pil-sudski und Monarchismus — die Fortschritt, De-mokratie, Schutz der polnischen Republik! — a.

Die Budgetvorlage für 1927/28.

Die von der Regierung vorbereitete Budgetvorlage für 1927/28 ist schon im Druck erschienen. Es figurieren darin folgende Zahlen: Einnahmen 1899 252 571 Zloty, davon gewöhnliche Einnahmen 1706 914 851 Zloty, außergewöhnliche 192 337 720 Zl. Ausgaben 1898 679 975 Zloty, davon gewöhnliche 1 838 948 702 Zloty, außer-gewöhnliche 59 731 273 Zloty. Von den Einnahmen entfallen: auf die Administration 1 211 191 697 Zloty, auf die Staatsunternehmen 92 534 874 Zloty, auf die Staatsmonopole 595 526 000 Zloty. Unter den Admi-nistrationseinnahmen entfallen auf das Finanzministerium 1 060 690 826 Zloty, von den Unternehmen auf Regie-

rungswälder 43 010 072 Zloty, Eisenbahnen 27 300 000 Zloty, Post 17 314 435 Zloty. Von den Ausgaben ent-fallen auf: Abzahlung von Staatsschulden 145 070 454 Zloty, auf Abzahlung und Verzinsung der Bahnanleihe 22 268 000 Zloty, auf Amortisierung und Verzinsung der italienischen Anleihe von 1924 — 18 305 900 Zloty, Ausgaben für die Invalidenrente 95 600 000 Zloty, für Emeritüren 74 864 000 Zloty, für öffentliche Arbeiten 62 008 091 Zl., Ausgaben für soziale Zwecke 51 510 000 Zloty.

Gehaltserhöhung für die Staatsbeamten und aktiven Unteroffiziere.

In Verbindung mit dem Ministerratsbeschluß, wonach den Staatsbeamten eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent zuerkannt wurde, die am 15. November und 15. Dezember zur Auszahlung kommen soll, erfahren wir, daß diese Erhöhung auch die Gehälter der aktiven Unteroffiziere betrifft. Die Gesamtsumme dieser Er-höhung beträgt monatlich 8 200 000 Zloty sowie 600 000 Zloty für die Unteroffiziere. Diese Summen werden in das Budget erst vom 1. Januar ab eingesetzt werden. Jetzt werden sie als unerstattbarer Vorschuß ausgezahlt, da die vom Sejm bestätigte Budgetvorlage diese Er-höhung nicht vorsieht.

Am 30. Sejmigung.

Am Sonntag abend erschien Ministerpräsident Pilsudski bei Sejmmarschall Rataj und konferierte mit diesem über die Einberufung der ersten Sejmigung. Beschlossen wurde, daß in den nächsten Tagen dem Sejm das Budget überwiesen wird, während das Dekret über die Eröffnung der Session am 29. Oktober erscheinen soll. Beide Kammern sollen für den 30. Oktober einberufen werden.

Die Abgeordneten verlangen Konsequenz.

Auch Regierungsbeamte sollen den Staat in Finanzinstitutionen nicht vertreten.

Wir berichteten unlängst darüber, daß ein Dekret des Staatspräsidenten den Abgeordneten und Sena-toren verbietet, den Staat in den Aufsichtsbehörden der Finanzinstitutionen zu vertreten. Derartige Mandate brachten hohe Gagen ein, die die betreffenden Institu-tionen aus ihren Mitteln zahlten.

Auf dieses Dekret wollen einige Abgeordnete (natürlich die daran interessierten) dadurch reagieren, daß sie ein Gesetz einbringen wollen, wonach auch den Regierungsbeamten und Regierungsgliedern die Vertretung des Staates in Finanzinstitutionen ver-boten wird.

Frei nach dem Sprichwort: „Haust du meine Tante, so haue ich deine Tante.“ Zeitvertreib muß doch sein.

Der Schuldige im Finanzministerium gefunden.

Dieser Tage wurde eine Delegation der Staats-beamten nicht zum Finanzminister vorgelassen, weil dieser angeblich keine Zeit hatte. In Wirklichkeit wurde dem Minister aber nicht gemeldet, daß ihn eine Delegation sprechen wolle. Minister Czechowicz erblickte darin eine Arbeit, die seiner Popularität schaden sollte.

Eine eingeleitete Untersuchung ergab, daß der persönliche Sekretär des Ministers, Dr. Bysszewski, diesen Amtsmißbrauch begangen hatte. Er wurde sofort seines Amtes enthoben und an seine Stelle ein Herr Osienski berufen.

